Newsletter

Christian Piwarz

III/2013

„Autoklau in Dresden – Was tun Polizei und Automobilindustrie für die Sicherheit?“ – 3. Wirtschaftsgespräch mit Innenminister Markus Ulbig

Was kann gegen den Autodiebstahl in Dresden und Umgebung getan werden? Welche Maßnahmen kann die Polizei, welche die Automobilindustrie ergreifen? Was sind die Ursachen für den hohen Kfz-Diebstahl in unserer Region?

Um diese Fragen zu diskutieren, hatten am 24. September 2013 der CDU-Ortsverband Dresdner Südosten und der Landtagsabgeordnete Christian Piwarz zum 3. Wirtschaftsgespräch in die Glöckner Autowelt geladen. Mehr als 50 interessierte Gäste, darunter zahlreiche lokale Unternehmer, folgten der Einladung. Als Referenten begrüßte Christian Piwarz den Sächsischen Innenminister Markus Ulbig, den Präsidenten der Handwerkskammer Dresden Dr. Jörg Dittrich sowie den Gastgeber und Geschäftsführer der Glöckner Autowelt Adrian Glöckner. Zudem stand auch der Dresdner Polizeipräsident Dieter Kroll für die Diskussion als Gesprächspartner zur Verfügung.

Nach den einführenden Worten von Christian Piwarz führte Markus Ulbig aus Sicht von Politik und Polizei in die Problematik ein. Für die vergleichsweise hohe Diebstahlsquote in Dresden sei die hohe Verfügbarkeit bevorzugter Modelle, das geringe Entdeckungsrisiko durch die Anonymität der Großstadt und insbesondere die Lage im Dreiländereck mit hervorragender Autobahnanbindung ursächlich. Dem entsprechend hat die Polizei ihre Kontrollen verstärkt, um so größeren Druck auf die Täter auszuüben. Aber allein durch die verstärkten Kontrollmaßnahmen der Polizei, so auch der Dresdner Polizeipräsident Dieter Kroll in seinen Ausführungen, kann kein wirksamer Diebstahlschutz erfolgen. Dies sei nur möglich, wenn Eigentümer wie auch die Autoindustrie durch Selbstvorsorge und technische Weiterentwicklungen neue wie bestehende Möglichkeiten zum Schutz vor Diebstahl ausschöpfen. Die Referenten waren sich insofern einig, dass vor allem eine verstärkte Sensibilisierung für Präventionsmaßnahmen erfolgen muss.

Für eine schnelle Aufklärung im Schadenfall konnte der Innenminister auf eine Vielzahl an Maßnahmen sowohl auf nationaler wie auch internationaler Ebene verweisen. Hervorzuheben ist hier der durch Bundesinnenminister Friedrich initiierte „Hofer Dialog“. Die gemeinsamen Fahndungsgruppen „Neiße“ und „Elbe“, in denen deutsche Polizeibeamte gemeinsam mit ihren tschechischen und polnischen Kollegen grenzübergreifend ermitteln, haben erste Erfolge bei der Bekämpfung und Aufklärung erzielt.

Dr. Dittrich erörterte aus Sicht des Handwerks, dass insbesondere in den grenznahen Regionen der Diebstahl von Firmenfahrzeugen ein großes Problem darstellt und man sich neue Möglichkeiten der Sicherung wünscht, darunter die Fortführung der gestarteten gemeinsamen Gespräche mit der Polizei im Rahmen der Sicherheitsstammtische.

Aufgrund der immer kürzeren Zeiten, die für einen erfolgreichen Diebstahl benötigt werden, seien wieder mechanische Diebstahlsicherungen gefragt, da hierdurch die benötigte Zeit für den Diebstahl so weit erhöht werden kann, dass von dem Zielfahrzeug abgelassen wird. Zudem plädierten die Dis-

Christian Piwarz MdL
Pirnaer Landstraße 202 • 01259 Dresden
Telefon: 0351 - 32 31 666 • Telefax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de • christian.piwarz@slt.sachsen.de

CDU DIE SÄCHSISCHE UNION

kussionsteilnehmer für die Nutzung vorhandener technischer Möglichkeiten für den Diebstahlschutz und die Verfolgung gestohlener Fahrzeuge.

Bild: Handwerkskammer Dresden/Anke Richter

Im Rahmen der Diskussion um die technischen Möglichkeiten wurden die Bemühungen der Automobilindustrie zur Schaffung nachhaltiger Diebstahlsicherungen vereinzelt als unzureichend kritisiert. Auch die Versicherungswirtschaft müsse mehr in die Verantwortung genommen werden, so die Diskussionsteilnehmer. Als Vorschlag wurde die Schaffung von Prämienanreizen für die Anschaffung besonderer Sicherheitsausstattungen ins Gespräch gebracht.

Gegen Ende der Diskussion kam verstärkt die Frage nach der Überwachung neuralgischer Punkte auf. Innenminister Ulbig sprach sich dabei klar für eine Videoüberwachung polizeibekannter Problembereiche aus.

Dies war nur eine von vielen Fragen, die weiterhin diskutiert werden müssen, aber sie ist gewichtig, da sie eine (erneute) generelle Diskussion über das Verhältnis von Freiheit und (gefühlter) Sicherheit verlangt.

Als Fazit kann festgehalten werden, dass nur über eine intensive Kommunikation unter allen Beteiligten die nächsten nachhaltigen Schritte zur Lösung des Problems gegangen werden können. Automobilindustrie und Versicherungswirtschaft müssen dafür in den Dialog mit Unternehmern und Polizei treten. Strittige Fragen wie die Videoüberwachung dürfen dabei kein Tabu sein, müssen aber im Verhältnis zur persönlichen Freiheit abgewogen werden. Diesen Diskussionsprozess muss die Politik vor allem moderierend begleiten und Einfluss auf die handelnden Partner nehmen.

Bild: Handwerkskammer Dresden/Anke Richter

Bild: Handwerkskammer Dresden/Anke Richter

Christian Piwarz MdL
Pirnaer Landstraße 202 • 01259 Dresden
Telefon: 0351 - 32 31 666 • Telefax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de • christian.piwarz@slt.sachsen.de

CDU DIE SÄCHSISCHE UNION

Neues aus dem Landtag

September 2013:

Keine Bevormundung der Bürger! Gegen den Verbots- und Gleichmacherwahn der Grünen

Die erste Sitzung des Sächsischen Landtages nach der Sommerpause begann mit einer aktuellen Debatte der Koalition zum Thema „Nein zum grünen Umerziehungsstaat – Sachsen lässt sich nicht alles (ver)bieten“. Für die CDU-Fraktion ergriff ich zu Beginn das Wort und hielt den Grünen vor in einer Aufzählung vor, welche noch so unsinnigen Verbote sie in den letzten Jahren gefordert haben. Egal ob das Verbot von Doppelwaschbecken, Fahrverbot an Wochenenden, Verbot von Ponyreiten auf öffentlichen Veranstaltungen oder das Fleischverbot an einem Tag in der Woche in Kantinen – besser bekannt als ‚Veggieday‘. Die Liste mit Verboten, die die Grünen fordern, ist erschreckend lang.

Mit ihrem Verbots- und Gleichmacherwahn beschneiden die Grünen nicht nur die Bürgerrechte, sondern schränken auch die Freiheit jedes einzelnen Menschen ein. Aber damit stoßen sie zunehmend auf Widerstand, weil sich einerseits die Bürger das nicht gefallen lassen wollen und die Grünen andererseits an ihren eigenen Moralvorstellungen scheitern. Egal ob Niedriglöhne bei der parteinahen Böll-Stiftung, Dienstwagen mit Massagesitzen für grüne Staatssekretäre oder die unselige Debatte zu Sympathien für Pädophile in den 80er Jahren – überall bläst den Grünen der Wind hart entgegen und überall reagieren sie geradezu beleidigt, weil sich das gesellschaftliche Wohlwollen gegen sie wendet.

Ich habe weiter deutlich gemacht, dass das bürgerliche Konzept von Freiheit anders aussieht. Wir als Union vertrauen den Menschen und ihren Fähigkeiten. Die Bürger sollen selbst entscheiden, was gut und was falsch für sie ist. Sie können als mündige Verbraucher selbst auftreten und ihre Gesellschaft abseits von Verboten gestalten. Für uns gehören Freiheit und Verantwortung zusammen.

Netzwerke gegen multiresistente Keime und krankenhausbedingte Infektionen

Mit dem gemeinsamen Antrag „Arbeit des sächsischen Netzwerks gegen multiresistente Erreger ausbauen und medizinische Einrichtungen unterstützen“ haben die Koalitionsfraktionen multiresistenten Keimen und krankenhausbedingten Infektionen den Kampf angesagt. In den vergangenen Jahren haben der Bund und der Freistaat Sachsen umfangreiche Schritte unternommen, um auf die Entwicklung der multiresistenten Erreger zu reagieren. Beispielsweise wurde das ‚Netzwerk multiresistente Erreger‘ 2010 eingerichtet, um der Verbreitung von MRE zu begegnen. Mit dem gemeinsamen Antrag wollen die Koalitionsfraktionen die Arbeit des Netzwerkes stärken und ausbauen, um einen wesentlichen Beitrag zum Abbau der hohen Prävalenz an Infektionen im Krankenhausbereich zu erreichen.

Hintergrund: Infektionen durch Bakterien, die gegen die allermeisten Antibiotika immun geworden sind, haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Laut einer Studie des Sepsis-Forschungs- und Behandlungszentrums der Universität Jena erkranken in Deutschland 4,3 Prozent aller Krankenhauspatienten während ihres Aufenthaltes an einer Infektion. Dies entspricht jährlich zwischen 400.000 und 600.000 Fällen, die bei 10.000 bis 15.000 Patienten zum Tod führen. Davon werden schätzungsweise 15 Prozent durch multiresistente Krankheitserreger (MRE) verursacht. Experten schätzen, dass 80.000 bis 180.000 Infektionen vermeidbar gewesen wären, ebenso auch 1.500 bis 4.500 Todesfälle.

Sächsischer Landtag: Erik Donner

Sachsens Justiz weiterentwickeln. Investitionen in Haftanstalten und Resozialisierung

Der zweite Plenartag begann mit einer Fachregierungserklärung zum Thema: „Justiz in Sachsen: Garant für einen modernen Rechtsstaat“ durch den Justizminister. In der anschließenden Debatte betonte die CDU-Fraktion, dass der Freistaat Sachsen über eine unabhängige, leistungsfähige und bürgernahe Justiz verfügt. Dennoch bestehen auch weiterhin große Herausforderungen. Zu den wichtigsten Aufgaben zählte die CDU-Fraktion ausreichend Haftplätze und Resozialisierungsmaßnahmen. Vor allem muss in modernen Haftanstalten investiert und müssen die Gefangenen besser

Christian Piwarz MdL
Pirnaer Landstraße 202 • 01259 Dresden
Telefon: 0351 - 32 31 666 • Telefax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de • christian.piwarz@slt.sachsen.de

auf die Zeit nach der Haft vorbereiten werden. Zu einer erfolgreichen Resozialisierung gehört eine gute Ausbildung, Arbeit während der Haft und ausreichend Plätze im offenen Vollzug.

Die CDU-Fraktion forderte dafür eine neue gemeinsame Haftanstalt mit Thüringen in Südwestsachsen. Der Sächsische Landtag hat einen Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen beschlossen. So soll die Staatsregierung unter anderem Maßnahmen ergreifen, die die Attraktivität des Berufs im Justizvollzugsdienst steigern, und ein Sicherheitskonzepte entwickeln, die den Justizbeschäftigten und Prozessbeteiligten in Sachsen besser schützen sowie für mehr IT-Sicherheit sorgen. Außerdem soll durch eine verstärkte Zusammenarbeit der Polizei mit den Gerichtsvollziehern, die Sicherheit der Vollstreckungsbeamten erhöht werden.

Energiekostenexplosion stoppen – Geldverschwendung durch EEG beenden

In der aktuellen Stunde „Energiekostenexplosion für sächsische Verbraucher stoppen – Geldverschwendung durch EEG beenden“ wurde über die gestiegenen Energiekosten debattiert. In der Debatte betonte die CDU-Fraktion, dass die Belastung der Verbraucher durch den massiven Ausbau erneuerbarer Energien ohne die Sicherung einer marktwirtschaftlichen Energieversorgung endlich begrenzt werden muss. Gleichzeitig ist sie eine der größten volkswirtschaftlichen und politischen Herausforderungen der kommenden Jahre. Deshalb muss noch in diesem Jahr das Erneuerbare-Energien-Gesetz überarbeitet werden, um die weitere Geldverschwendung durch dieses Gesetz zu beenden.

Für die CDU-Fraktion ist vor allem ein Energiemix eine solide Grundlage für die nötige Netzstabilität, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit der Energieversorgung. Solange das Problem der Energiespeicherung technologisch noch nicht beherrschbar ist, benötigen wir einen preiswerten und grundlastfähigen Energieträger wie die Braunkohle. Die Braunkohle ist nicht nur ein wichtiger Energieträger für unser Land, sondern auch ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.

Therapiefreiheit der Tierärzte gewährleisten

Mit dem gemeinsamen Antrag „Therapiefreiheit der Tierärzte gewährleisten – Verschiebung und Abgabe von Medikamenten aus einer Hand sicherstellen“ haben sich die Koalitionsfraktionen für die Therapiefreiheit von Tierärzten ausgesprochen.

In der Debatte betonte die CDU-Fraktion, dass die Tierärzte im Freistaat weiterhin apotheken- und verschreibungspflichtige Arzneimittel herstellen, mischen, lagern und verkaufen dürfen (sogenanntes Dispensierrecht). Außerdem soll der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung auf das notwendige therapeutische Minimum beschränkt werden. Dies auch vor dem Hintergrund, dass eine Übertragung von gegen Antibiotika resistenten Erregern auf den Menschen dadurch erschwert wird.

Mit einer Begrenzung der Verwendung von Antibiotika würden auch die Züchter profitieren, denn die Medikamente sind teuer und nach Antibiotikaeinsatz besteht für das Fleisch ein Vermarktungsverbot. Dennoch ist der Einsatz von Antibiotika in der Tierhaltung weiterhin unbedingt notwendig, um die weitere Ausbreitung von Zoonosen zu verhindern. Mit der Änderung des Arzneimittelgesetzes kann aber die Menge der eingesetzten Antibiotika in der Tierhaltung innerhalb weniger Jahre deutlich reduziert werden. Die zuständigen Überwachungsbehörden der Länder sollen dafür deutlich mehr Kontrollbefugnisse erhalten und der Austausch zwischen den Behörden verbessert werden. Die Länder können sich künftig einer bundesweiten Datenbank bedienen. So wird mehr Transparenz über den Einsatz von Antibiotika in Tierhaltungsbetrieben beim Verbraucher geschaffen.

Oktober 2013:

Gewalt gegen Polizeibeamte nicht weiter hinnehmen. Konsequente und schnelle Ahndung von Straftaten

Termine meiner Bürgersprechstunden:

Montag, 4. November
von 16 bis 18 Uhr
Verwaltungsstelle Weißig
(Bautzner Landstr. 291, 01328 Dresden)

Donnerstag, 21. November,
von 16 bis 18 Uhr
Ortsamt Leuben
(Hertzstraße 23, 01257 Dresden)

Der erste Plenartag begann mit einer Aktuellen Debatte zum Thema „Gewalt und Hass gegen Polizisten ächten – Rechtsstaat schützen“. Darin sprach sich die CDU-Fraktion für eine konsequentere Verfolgung von Straftaten gegenüber Polizisten aus. 2012 gab es in Sachsen 1269 Fälle von Gewalt gegen Polizeibeamte, was einen Anstieg um 11,2 Prozent (128 Fälle) im Vergleich zum Vorjahr bedeutet. Um die zunehmende Gewalt gegen die Polizei einzudämmen sei eine sachgerechte Ausstattung und die verstärkte Aus- und Fortbildung bei der Polizei nötig. Auch wenn der Freistaat Sachsen in den vergangenen Jahren viel in die Ausstattung investiert hat, sind weitere Maßnahmen in diesem Bereich notwendig. In der Debatte setzte sich die CDU-Fraktion auch für höhere Strafen für Gewalt gegen Polizisten ein. Allerdings ist es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, Gewaltprävention zu betreiben und der Entwicklung gegenzusteuern. Dazu zählt auch, dass die Arbeit der Polizei insgesamt eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung erfahren muss.

Christian Piwarz MdL
Pirnaer Landstraße 202 • 01259 Dresden
Telefon: 0351 - 32 31 666 • Telefax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de • christian.piwarz@slt.sachsen.de

Keine Schulschließungen im ländlichen Raum: Schulgesetz in der kommenden Legislatur anpassen

In dem gemeinsamen Antrag „Sicherung eines qualitativ hochwertigen öffentlichen Schulsystems im ländlichen Raum“ haben sich die Koalitionsfraktionen gegen weitere Schließungen von Grund- und Oberschulen im ländlichen Raum ausgesprochen. Die demografische Entwicklung Sachsens hat seit der Wiedervereinigung eine Halbierung der Schülerzahlen erzeugt und Schulschließungen unumgänglich gemacht. Heute braucht der Freistaat neue und flexible Modelle, um insbesondere den Menschen im ländlichen Raum alle Bildungschancen zu erhalten. Mit dem von der Staatsregierung vorgestellten „Konzept zur Sicherung von Schulen im ländlichen Raum“ und dem aktuellen Antrag im Plenum wird die Bildungspolitik im Freistaat Sachsen weiter gestärkt. Damit ist ein weiterer entscheidender Schritt für die Erhaltung der notwendigen sozialen und Bildungsinfrastruktur in den ländlichen Regionen des Freistaates getan.

Dafür ist eine Änderung des Schulgesetzes notwendig. Diese darf aber nicht vorschnell passieren. Vielmehr ist es jetzt Aufgabe, eine umfassende Novelle zu erarbeiten, die neben der Schulstruktur im ländlichen Raum auch die Themen Inklusion, Lernmittelfreiheit und Einführung der Oberschule beinhalten muss. Dafür brauche wir keinen gesetzgeberischen Schnellschuss, sondern einen guten und solider erarbeiteten Entwurf.

Kulturelle Bildung im Freistaat Sachsen

In einer Großen Anfrage an die Staatsregierung haben sich die Koalitionsfraktionen mit der Kulturellen Bildung in Freistaat Sachsen befasst. In der Diskussion im Plenum dazu hat sich die CDU-Fraktion für eine Stärkung der Kulturellen Bildung mit Augenmaß eingesetzt. Kultur in Sachsen ist nicht nur ein Standortfaktor, sondern auch ein bedeutender Teil des Bildungsangebotes im Freistaat Sachsen. Für die weitere Stärkung der Angebote der kulturellen Bildung sollen die verschiedenen Akteure verstärkt miteinander kooperieren und Museen, Theater, Orchester, Gedenkstätten und weitere Kulturschaffende mit den Bildungsträgern besser vernetzt werden. Darüber hinaus soll ein Katalog mit Qualitätskriterien für kulturelle Bildung im Freistaat Sachsen entwickelt und dieser dem Sächsischen Landtag vorgestellt werden. Kultur in Sachsen beeinflusst auch das Miteinander unserer Gesellschaft. Dabei haben Kinder, Jugendliche und Erwachsene die Möglichkeit, am künstlerisch kulturellen Geschehen zu partizipieren.

Nationaler Krebsplan

Mit dem gemeinsamen Antrag „Empfehlungen des Nationalen Krebsplans umsetzen – Klinische Krebsregister weiterentwickeln“ haben sich die Fraktionen von CDU und FDP für eine Weiterentwicklung der Krebsfrüherkennung und den flächendeckenden Ausbau von klinischen Krebsregistern mit gesetzlichen Maßnahmen im Freistaat Sachsen eingesetzt. Der Gesetzentwurf zur Krebsfrüherkennung und zu den klinischen Krebsregistern wurde Anfang dieses Jahres vom Bund verabschiedet. Der Entwurf verfolgt das Ziel, die Weiterentwicklung der Krebsfrüherkennung und den flächendeckenden Ausbau von klinischen Krebsregistern mit gesetzlichen Maßnahmen zu fördern. Der gemeinsame Antrag soll dafür die geeigneten rechtlichen Rahmenbedingungen zur Umsetzung im Freistaat Sachsen schaffen. Dabei sollen die Klinischen Krebsregister im Freistaat hinsichtlich der Rahmenbedingungen für Meldungen, Datenübermittlung und -haltung dem länderübergreifenden epidemiologischen Gemeinsamen Krebsregister gleichgestellt werden. Zudem soll eine enge Einbindung der Klinischen Krebsregister des Freistaates in die Qualitätssicherung und das Qualitätsmanagement regionaler Abläufe bei der Erkennung und Behandlung onkologischer Erkrankungen gewährleistet sein. Außerdem sollen bereits vorhandene Strukturen erhalten bleiben, optimiert und folgende Kriterien des sächsischen Krebsregistergesetzes berücksichtigt werden.

Sächsischer Landtag: Geo Loge

Christian Piwarz MdL
Pirnaer Landstraße 202 • 01259 Dresden
Telefon: 0351 - 32 31 666 • Telefax: 0351 - 451 031 55 20
www.christian-piwarz.de • christian.piwarz@slt.sachsen.de

CDU DIE SÄCHSISCHE UNION